

Formen und Möglichkeiten einer
schweizerischen Mitwirkung bei der
politischen UNO

(Vortrag an der Universität Basel am 19. Juni 1970.)

Als Exil- und Heimweh-Basler freue ich mich natürlich besonders, heute an der Stätte zu stehen, wo ich vor 25 Jahren wissensdurstig und andächtig zu Füßen der edlen Alma mater basiliensis lag und von wo aus ich in der Folge meine "Bundeswanderschaft" begann. Sie führte mich u.a. auch während drei Jahren in die "magischen Gärten" der Vereinten Nationen in New York.

Und aus dem Blickwinkel meiner New Yorker Erfahrungen möchte ich heute mit Ihnen einige Überlegungen über Möglichkeiten einer schweizerischen Mitwirkung in der UNO anstellen. Ich darf dies als Vertreter eines Berufes tun, der sich - wie wenig andere Berufe und soweit dies überhaupt möglich ist - den bekömmlichen Luxus der Objektivität leisten darf, ungebunden von Gruppeninteressen.

1. Wir müssen - glaube ich - davon ausgehen, dass in der UNO das Gespräch der Bewohner dieser Erde geführt wird. "Die Welt ist ein Dorf geworden" sagte Pearson und die UNO - möchte ich beifügen - ist der Dorfplatz, wo gemeinsame Dorf-Probleme diskutiert werden. Das Gespräch zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten, der Dialog über die Friedenserhaltung, den Welthandel, die Umwelthygiene, die Abrüstung, die friedliche Verwendung der Atomenergie, das Weltall und andere mehr.

Die Entwicklung spricht schon seit Jahren eine klare Sprache: Die internationale Zusammenarbeit konzentriert sich mehr und mehr in der UNO. Man darf ohne weiteres behaupten, dass die UNO schon heute auf allen lebenswichtigen Gebieten entscheidende leitende oder koordinierende Funktionen hat. Hier werden in grundsätzlichen Fragen Weichen gestellt. Hier wird internationales Recht geschaffen.

Auf alle diese Gespräche und grundsätzlichen Entscheidungen haben wir als Nichtmitglied keinen Einfluss.

In wichtigen Fragen, die auch uns direkt angehen, können wir nicht mitsprechen und nicht mithandeln. Wir haben die in der UNO getroffenen Vereinbarungen in der Folge jedoch sehr oft zu respektieren, oder wir sehen uns veranlasst, den in der UNO abgeschlossenen internationalen Uebereinkommen beizutreten, bei deren Ausarbeitung wir unseren Standpunkt nicht geltend machen konnten. Wir geraten auf diese Weise, ob wir wollen oder nicht, mehr und mehr in die Abhängigkeit der Vereinten Nationen, in eine Abhängigkeit, die wir mit unserer Nichtmitgliedschaft gerade vermeiden wollen.

So sei etwa daran erinnert, dass früher das Völkerrecht an diplomatischen Konferenzen kodifiziert wurde, zu denen die Schweiz regelmässig eingeladen war. Die jüngste Entwicklung zeigt jedoch, dass nun auch diese Arbeiten von der UNO-Generalversammlung übernommen werden. So wird etwa zurzeit das Sitzrecht der internationalen Organisationen in der UNO kodifiziert, ein Problemkreis, der uns

als Sitzstaat vieler internationaler Organisationen brennend interessiert. Wir laufen Gefahr, als Nichtmitglied, das auf dem Gebiete des Völkerrechts oft Wesentliches zu sagen hätte, die Mitsprache zu verlieren.

Eine ähnliche Situation könnte sich auf dem Gebiete der Entwicklung des humanitären Rechts ergeben, die bisher Sache des IKRK war, das dazu als unpolitische neutrale Organisation geeigneter ist als die politische UNO. Die UNO trifft indessen seit geraumer Zeit auch auf diesem Gebiet Vorkehren. Auch hier hätten wir gegebenenfalls ein Interesse, an der Tätigkeit der UNO teilzunehmen, um unsere reichen humanitären Erfahrungen beizutragen und das besondere Anliegen des IKRK zu unterstützen.

Es geht aber nicht nur um die Frage des Mitredens und der Wahrung konkreter schweizerischer Interessen. Es geht gleichzeitig auch darum, am zentralen Treffpunkt der Völkergemeinschaft, den Ruf unseres Landes zu wahren und goodwill zu schaffen.

Wie ein Unternehmen der Privatwirtschaft seinen goodwill in der Welt nicht durch eine einmalige Leistung schaffen und erhalten kann, so kann auch die Eidgenossenschaft nicht damit rechnen, dass das Bild der schönen, menschlichen, friedliebenden Schweiz ein für allemal als feststehender Wert im Bewusstsein der Völker verankert ist und bleibt. Um Anerkennung und Wohlwollen des Auslandes im scharfen internationalen Wettbewerb zu erhalten, muss sich die Schweiz immer wieder von neuem erklären, sich in Erinnerung rufen; sie muss immer wieder von neuem überzeugen und vor allem Vertrauen,

dieses Lebenselement des Neutralen, schaffen. Nur wenn man uns kennt und versteht, sind wir glaubwürdig.

Zahlreiche Möglichkeiten bieten sich zu diesem Zwecke an: die hervorragenden Leistungen unserer Wirtschaft, die Qualität unserer Arbeit, unsere humanitäre Aussenpolitik, unsere Entwicklungshilfe, eine aktive Kulturpolitik.

Unsere Mitarbeit in der UNO gäbe uns im politischen Feld eine zusätzliche ausgezeichnete Möglichkeit, unsere schweizerische Persönlichkeit, nach unserem Selbstverständnis - zu unserem Vorteil - zu entfalten und die traditionellen Maximen der friedlichen und menschlichen Schweiz, just dank unserer Neutralitätspolitik laufend unter Beweis zu stellen. Dies ist kein überschwenglicher Idealismus, sondern realistische, auf die Zukunft ausgerichtete Politik.

Wir könnten in der UNO mit einer aktiven, ideenreichen Aussenpolitik zum Ausgleich von Gegensätzen beitragen, gute Dienste leisten und in geeigneten Fällen die uns angemessene Rolle des Vermittlers wirksamer spielen.

Unsere schweizerische Geschichte hat uns ja für Aufgaben dieser Art ein besonderes schweizerisches Talent mit auf den Weg gegeben: das Talent des Kompromisses, des Ausgleiches. Diese kunstvolle Technik des sorgfältigen Gleichgewichts zwischen verschiedenartigen Sprachen, Kulturen, Religionen, unter Respektierung des Andersartigen wäre ein nützlicher Beitrag an das Gespräch in New York. In der UNO

geht es oft um gleiche Probleme.

Wir könnten in der UNO auch unser moralisches Prestige in die Waagschale werfen. Die Schweiz ist für die Welt auch heute noch das Land der freiheitlichen, der humanitären Traditionen. Wir waren auf dem langen Weg unserer Geschichte immer moralisch auf der Seite der Freiheit. Wir haben stets versucht, die tätige Menschlichkeit in grosser Reinheit zu erhalten. Wir waren seit jeher der Idee der Völkerversöhnung verpflichtet.

Dieses attraktive Bild lebt in der Völkergemeinschaft weiter; es nährt aber auch Erwartungen. Insbesondere die jungen Völker Asiens und Afrikas erwarten die klare, unmissverständliche schweizerische Stimme. Hier läge für uns auch in der UNO eine grosse Chance der humanitären Aussenpolitik. Hier bietet sich auch dem Kleinstaat ein machtvolles Instrument an.

Andere schweizerische Wesenszüge kämen uns in der UNO zustatten: der schweizerische Sinn für Realität, das nüchterne Nutz- und Zweckdenken. Wir Schweizer stehen mit beiden Füßen auf dem Boden der Realität und greifen nur selten in die Sterne. Wir erliegen dem Wunschdenken nur in Ausnahmefällen. Wir sind auch sparsam.

Alles Eigenschaften, die wir in der UNO mit Vorteil zur Geltung bringen könnten in den UNO-Gremien, vor allem aber auch diskret hinter den Kulissen.

Dass der Erfolg einer solchen Tätigkeit in erster Linie von

den Qualitäten, vor allem der Stärke der Persönlichkeit unserer Delegierten abhängen würde, versteht sich von selbst.

Ebenso selbstverständlich wäre, dass unser Arbeitsbeitrag in der UNO schweizerische Qualitätsarbeit sein müsste. Die Erfahrungen zeigen immer wieder, in welchem Ausmass sich der Kleinstaat durch eine qualitativ hochstehende Mitarbeit zusätzliches politisches Gewicht verschaffen kann.

Wo und wie könnte sich die Schweiz in der "politischen UNO" einsetzen?

1. Wir könnten in der Generalversammlung ganz allgemein durch objektive Voten zu einer Versachlichung der Diskussion und damit zu einer "politischen Entgiftung" der Debatten beitragen, und zwar in den Fällen, in denen unpolitische Sachfragen von Ländern, die durch einen Konflikt getrennt sind, zur politischen Auseinandersetzung missbraucht werden. Versachlichung wäre ein Beitrag zur Verbesserung des Klimas der Debatte.

Ein Beispiel: Jahr für Jahr wird in der Generalversammlung die Behandlung der Beiträge an das Hilfswerk der Vereinten Nationen im Nahen Osten (UNRWA) von den Konfliktparteien zu heftigen und bitteren politischen Auseinandersetzungen benützt. Ich könnte mir ohne weiteres vorstellen, dass ein schweizerischer UNO-Delegierter versuchen könnte, diese rein humanitäre Frage in einem sachlichen Diskussionsbeitrag auf einen sachlichen Boden zu

stellen und damit wirkungsvoll zu entpolitisieren.

2. In den Fällen, in denen sich zwei Staaten in der UNO in offenem Konflikt gegenüberstehen, könnte ein schweizerischer UNO-Delegierter, bei günstigen Voraussetzungen, versuchen, als neutraler, objektiver Mittler zum Ausgleich der Gegensätze beizutragen. Eine solche Tätigkeit würde sich sehr wahrscheinlich mehrheitlich hinter den Kulissen abspielen.

Ich weiss aus eigener Erfahrung, wie nützlich es in der UNO sein kann, wenn man den Konfliktparteien in aller Objektivität und mit Gewinn für beide Seiten den Standpunkt der anderen Seite erläutert und auf Ansatzpunkte zu einer Verständigung aufmerksam macht. Ich denke dabei etwa an den Konflikt, der lange Zeit in der Südtirolfrage Oesterreich und Italien trennte oder an den Konflikt zwischen Israel und den arabischen Staaten.

Aber auch in Streitfragen, in denen sich Staatengruppen in der UNO gegenüberstehen - etwa die Entwicklungsländer und die Industriestaaten - ergäben sich immer wieder Möglichkeiten schweizerischer Beiträge, etwa des Vorschlages eines vernünftigen Kompromisses. Dass dies erfolgreich möglich ist, hat unsere kürzliche Mitarbeit in der 6. Kommission der UNO-Generalversammlung gezeigt, als wir zum ersten Mal, und ausnahmsweise, allerdings ohne Stimmrecht, auch als Nichtmitglied zu Arbeiten der "politischen UNO" zugelassen wurden.

3. Weitere schweizerische Einsatzmöglichkeiten sehe ich auf dem Gebiete der Friedenserhaltung, der Ueberwachung einer Feuereinstellung, der Kontrolle eines Waffenstillstandes. Auch hier könnten ohne weiteres und ohne Neutralitätsbedenken schweizerische Persönlichkeiten und Personal zum Einsatz gelangen, da man in all diesen Fällen aus naheliegenden Gründen erfahrungsgemäss immer wieder auf Neutrale greift. Warum könnten wir nicht etwa Mitglied der Waffenstillstandskommission im Nahen Osten sein?

Eine schweizerische UNO-Delegation könnte aber auch schon bei den Vorbereitungen friedenserhaltender UNO-Aktionen, einer Feuereinstellung, eines Waffenstillstandes nützliche Mitarbeit leisten.

4. Ein weites Feld möglicher aktiver schweizerischer Mitarbeit ergibt sich aber auch auf den allgemeinen Sachgebieten, welche die UNO-Organe behandeln und in dem sich keine Konfliktparteien direkt gegenüberstehen, wie z.B. bei den Traktanden der friedlichen Verwendung und Nutzung des Meeresgrundes, der friedlichen Nutzung des Weltraums, der Abrüstung, der Studien über die Friedenserhaltung, oder der Umweltshygiene.

In allen Kommissionen, in denen diese Themen behandelt und die sehr oft von neutralen Vorsitzenden präsiert werden, könnten wir konstruktive Arbeit leisten. Wie sehr kleine und mittlere Staaten oder ein fähiger neutraler Präsident den Gang dieser Arbeiten beeinflussen kann, belegen die Erfahrungen eindrücklich.

Alle diese Vorschläge sind keine Träumereien eines EPD-Beamten, sondern durch Erfahrungen erhärtete Möglichkeiten.

Um diese Rolle jedoch spielen zu können, müssen drei Voraussetzungen erfüllt sein: eine aktive ideenreiche UNO-Politik, ein Politisches Departement in Bern, das "around the clock" im 24-Stundenbetrieb einsatzbereit ist, und geeignete starke Persönlichkeiten in unserer UNO-Delegation, die Strategie und Taktik des "Bewegungskrieges" der multilateralen Diplomatie beherrschen.

Ich überschätze dabei die Möglichkeiten des politischen Einflusses eines Kleinstaates in der UNO, inmitten ihrer 126 Mitgliedstaaten, keineswegs und gebe mich keinen Illusionen hin. Es wäre eine Mini-Rolle, aber immerhin eine konstruktive Rolle, die wir spielen könnten.

Wir können uns weder nach Einfluss noch Verantwortung mit den Grossen dieser Welt vergleichen. Wir dürfen uns jedoch stets bewusst bleiben, dass die Schweiz weltwirtschaftlich, im 12. Range der Industrienationen, als 5. "Chemie-Macht" und als "Finanz-Macht" ersten Ranges ein beachtliches politisches Kapital in Händen hält, das sich international auswerten lässt. Wir sind in dieser Hinsicht keine "Gartenzwerge", insbesondere in einer Welt nicht, in der die Bedeutung des wirtschaftlichen Faktors im welt-politischen Kräftespiel zugenommen hat. Dieser wirtschaftliche Faktor würde, vernünftig und wohlproportioniert eingesetzt, auch in der UNO politisch ins Gewicht fallen.

- 10 -

Ziehen wir in diesem Punkte Bilanz, so gelange ich zum Schluss, dass die UNO-Mitgliedschaft uns eine zusätzliche Gelegenheit, eine neue Dimension, gäbe, um eine aktive und konstruktive Aussenpolitik zu praktizieren und in vermehrtem Masse spezifisch schweizerische Beiträge zum Wohle der Völker zu leisten. Wir müssten weniger von Solidarität sprechen, weil wir sie vermehrt durch die Tat beweisen könnten. Wir würden unserer Neutralität sehr wahrscheinlich einen guten Dienst leisten, weil wir ihr neuen Inhalt geben könnten.

Wäre eine solche Tätigkeit überhaupt mit der Neutralität vereinbar? Dazu vier Bemerkungen:

1. Wir dürften uns einig sein, dass ein allfälliger Beitritt ja nur unter Aufrechterhaltung der Neutralität in Frage kommt, solange es keine echte Alternative zur Neutralität gibt - und es gibt sie vorläufig nicht; vor allem nicht in einer Welt, die von Ideologien zerrissen ist und in der der Nationalismus überall seine hässliche Fratze wieder zu zeigen beginnt.

Einer der grossen Vorzüge unserer Aussenpolitik ist, dass wir "berechenbar" sind; kalkulierbare Partner sind zuverlässige Partner. Zuverlässigkeit aber schafft - wie in den menschlichen oder geschäftlichen Beziehungen - Vertrauen. Vertrauen ist ein Element der Stabilität. Diese Tatsache müssten wir auch bei einem UNO-Beitritt im Auge behalten. Weder ein allfälliger Beitritt noch unsere Tätigkeit in der UNO dürfte den Eindruck aufkommen lassen, wir

- 11 -

würden unsere Neutralität plötzlich anders interpretieren.

Der Glaube in unsere Grundsatztreue darf nicht erschüttert werden.

2. Vergessen wir andererseits aber auch nicht: die Glaubwürdigkeit unserer Neutralitätspolitik macht in einer Zeit, die keinen weltpolitischen Stillstand kennt, wie jede Politik eine stete Anpassung an neugeschaffene Situationen notwendig. Unsere Politik muss, um glaubwürdig zu sein, zeitgemäss und wirksam sein. Unsere internationale Solidarität, unsere Bereitschaft, einen Beitrag an die Völkerfamilie zu leisten, müssen stets neu überdacht und angepasst werden, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, in eine sterile Neutralitätspolitik zu verfallen.

So ist etwa die Tatsache in Rechnung zu stellen, dass die Entwicklung in der UNO mit aller Klarheit zeigt, dass die Vereinbarkeit zwischen Neutralität und UNO-Charta unverhältnismässig grösser und besser geworden ist. Neutralitätsfeindlichkeit der Nachkriegsjahre ist gewichen. Die Nützlichkeit der Neutralen wird in der UNO, wie überall in der Welt, allgemein anerkannt.

Oder eine andere Realität, die uns ebenfalls zu denken geben sollte: Die Schweiz glaubte allzu lange Zeit, dass wir als neutrales Nichtmitglied die grösseren Chancen haben, der Welt Vermittler-Dienste zu leisten. Diese Illusion muss brutal zerstört

werden: eine eingehende Untersuchung, die wir unternommen haben, zeigt, dass diese Vermittler-Rollen mehr und mehr Ländern übertragen werden, die in der UNO sind. So hat z.B. Schweden mit seinen "guten Diensten" seit 1945 eine wesentlich wichtigere Rolle gespielt als die Schweiz.

3. Eine UNO-Mitgliedschaft würde uns natürlich zu politischen Stellungnahmen zwingen. Das damit verbundene Risiko darf jedoch nicht dramatisiert werden. Wir nehmen bereits seit Jahren in den technischen Organisationen der UNO zu oft heiklen politischen Fragen Stellung, wobei es uns bisher stets gelungen ist, eine klare Linie einzuhalten. In sehr delikaten Fragen ist übrigens stets - auch in der "politischen UNO" - eine gewisse Zurückhaltung möglich. Das Verhalten der Schweden und Oesterreicher belegt diese Tatsache. Eine subtile Zurückhaltung kann der Neutralität nicht nur nicht abträglich sein, sondern die Stellung des Neutralen sogar stärken. Auch die UNO hat ja, wie die Erfahrungen zeigen, die Neutralen immer wieder nötig und deshalb an der Erhaltung ihres Status ein Interesse.

Zwei Beispiele aus jüngster Zeit mögen Ihnen zeigen, wie schweizerische Delegationen sich bei heiklen Fragen an Konferenzen von UNO-Organisationen aus der Affäre zogen.

Als an der UNO-Konferenz für Menschenrechte die explosive Frage der Apartheid-Politik Südafrikas zur Diskussion stand, erklärte

der Schweizerische Delegierte u.a.:

(siehe Beilage Nr. 1)

Anlässlich des Weltpostkongresses in Tokio im vergangenen Herbst gab ein Vorschlag der osteuropäischen Staaten, die DDR aufzunehmen, zu langen politischen Gefechten Anlass. Auch dort haben wir nicht geschwiegen, sondern erklärt:

"Alle Staaten haben ihre grossen und kleinen aussenpolitischen Probleme. Für alle diese Probleme müssen Lösungen gesucht werden. Und um zu Lösungen zu gelangen, ist der Dialog, die Diskussion, notwendig. Wir müssen alle das Recht haben, unsere politischen Standpunkte zur Geltung zu bringen und auf diese Weise zur Schaffung einer besseren Welt beitragen. Aber ist hier, in einer technischen UNO-Organisation, der Platz dazu?

Die Schweizerische Delegation stellt mit Bedauern und Beunruhigung fest, wie sehr politische Diskussionen die Arbeit der internationalen Organisationen lähmen und damit nicht nur den Interessen der Mitgliedstaaten zuwiderlaufen, sondern auch dem Ruf der internationalen Zusammenarbeit vor der Weltöffentlichkeit schaden.

Die internationale Zusammenarbeit hat nur einen Sinn, wenn sie auf einer rationellen internationalen Ordnung und dem Respekt vor dem Recht beruht. Diese Ordnung verlangt aber, dass politische Fragen in den dazu vorgesehenen politischen UNO-Organisationen, in der Generalversammlung oder im Sicherheitsrat, und nicht hier

im Weltpostverein diskutiert werden. Jedes andere Vorgehen steht im Widerspruch zu einer sinnvollen Arbeitsteilung und einer vernünftigen Abgrenzung der Kompetenzen der Organisationen.

Es kann nicht Sache der neutralen Schweiz sein, sich in die zur Diskussion stehende politische Frage einzumischen. Wir können jedoch nicht schweigen, wenn das allgemeine Interesse unserer Organisation auf dem Spiele steht. Diese Meinung sei in aller Objektivität zum Ausdruck gebracht."

Im Grunde genommen haben wir mit diesem Votum indirekt gegen die Ost-Staaten Stellung genommen, die zu einer Politisierung der Debatten Anlass gaben. Die sowjetische Delegierte hat mir jedoch nach der Sitzung lachend erklärt: "Im Grunde genommen verstehe ich Euch!"

Auch als Nichtmitgliedstaat können wir uns übrigens der politischen Stellungnahme nicht entziehen. Wir bleiben - ob wir wollen oder nicht - im Bannkreis der UNO. Der Rhodesien-Handel zeigte dies mit aller Deutlichkeit.

Die UNO ist ja durch die Charta verpflichtet, ihren Einfluss auch auf Nichtmitgliedstaaten auszuüben, damit sie bei ihren Zwangsmassnahmen mitmachen. Wenn wir uns einer solchen Aufforderung völlig entziehen, so geraten wir in Widerspruch mit der Weltmeinung. Wir sehen uns damit einem gewichtigen moralischen Machtanspruch gegenüber, der zu politischem und wirtschaftlichem Druck führen kann.

- 15 -

Mit solchen Situationen und den damit verbundenen Problemen müssen wir als Nichtmitglied auch in Zukunft rechnen.

Und wenn es nicht die UNO ist, dann werden die politischen Probleme von den anderen Staaten an uns herangetragen. Denken Sie an den Atomsperrvertrag, den Nigeria-Konflikt, den Krieg im Nahen Osten oder die Europäische Sicherheitskonferenz - alles hochpolitische Beispiele für diese Tatsache. Die Verstrickung in die Weltpolitik bleibt uns nicht erspart. Wir werden auch in Zukunft - ob wir wollen oder nicht - zur Stellungnahme gezwungen. Wir können der historischen Zwangsläufigkeit, die auf eine immer engere internationale Zusammenarbeit hinläuft, nicht entgehen.

Doch, bevor wir in der UNO tätig werden können, muss die Form eines allfälligen Beitritts gefunden werden. Dazu ein letztes Wort - auch wenn der Zeitpunkt für einen Beitritt noch nicht reif ist.

Ich sehe drei Möglichkeiten eines Beitritts:

1. Wir treten den Vereinten Nationen wie Österreich und Schweden, ohne jede Zusicherung seitens der UNO bei, und verlassen uns darauf, dass nach allgemeiner Ansicht der UNO die Neutralität mit der Charta ohne weiteres vereinbar ist. Wenn wir allerdings auf diese Weise stillschweigend beitreten, wären wir stets im Unklaren, wie unser Stillschweigen von der UNO später, z.B. in einem Konfliktfall, interpretiert würde.

2. Wir treten der UNO mit einer einseitigen Erklärung bei, in der wir unsere Neutralität bekräftigen. Eine solche Erklärung müsste vor dem Beitritt mit den wichtigsten UNO-Mitgliedern - jedenfalls mit den Mitgliedern des Sicherheitsrates - abgesprochen werden, damit wir genau wissen, wie sie sich zu einer einseitigen schweizerischen Erklärung stellen. Ein Beitritt auf diesem Wege hätte wohl, zurzeit wenigstens, die besten Aussichten.
3. Eine dritte Lösung bestände in einem Beitritt, bei dem die Vereinten Nationen unsere neutrale Sonderstellung ausdrücklich anerkennen würden. Damit würden wir jedoch den "Batzen und s'Weggli" fordern.

Wir dürfen uns jedenfalls keinen Illusionen hingeben. Es besteht in der UNO zurzeit keine Bereitschaft und kein Interesse, dem "Nachzügler Schweiz" eine Sonderstellung einzuräumen. Man würde uns sehr wahrscheinlich vorhalten: "Die Neutralen Oesterreich und Schweden sind ohne eine spezielle Erklärung beigetreten und wir begreifen nicht, wieso die Schweiz einmal mehr eine Sonderwurst fordert".

Bereits in den vergangenen zwei Jahren hat man Vorwürfe dieser Art an unsere Adresse erhoben, als wir versuchten, in der 6. Kommission der UNO-Generalversammlung in Fragen mitzusprechen, in denen substantielle schweizerische Interessen auf dem Spiele standen. Sogar befreundete Staaten haben uns vorgeworfen: "Aha, jetzt kommen die Eidgenossen wieder, wenn es um ihre eigenen In-

- 17 -

teressen geht. Ihr wollt zwar die Pflichten der UNO-Mitgliedschaft nicht auf Euch nehmen, jedoch immer wieder Rechte für Euch in Anspruch nehmen, wenn es "um die Wurst geht".

Damit bin ich am Ende:

Sie wissen selbst, wie schnell sich die Weltpolitik bewegt, wie überraschend sich Situationen ändern. Aus dieser Sicht der stetigen Bewegung haben wir uns - auch mit Blick auf die UNO - auf alle Eventualitäten vorzubereiten, damit wir zu gegebener Zeit zum richtigen Entscheid bereit sind und nicht einmal mehr von der Entwicklung überrollt werden.

Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, wie sehr wir im Politischen Departement dabei mit Ihnen, mit der jungen Generation, rechnen. Denn, es geht in erster Linie um die Welt, mit der Sie fertig werden müssen. Der älteren Generation, die ihren Besitzstand verteidigt, fehlt es oft am nötigen Idealismus, am Mut und an der Bereitschaft zu einem kalkulierten Risiko, das jeder politische Fortschritt, auch in der Aussenpolitik verlangt.

Damit sind auch Sie angesprochen, meine Damen und Herren. Der Bundesrat erklärt deshalb auch in seinem UNO-Bericht: "Auf jeden Fall muss unsere Diplomatie vermehrt multilateral ausgerichtet werden. So soll in erster Linie eine möglichst grosse Anzahl junger Diplomaten mit den Arbeitsmethoden der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen, die sich von der Arbeitsweise der bilateralen Diplomatie in verschiedener Hinsicht unterscheiden,

vertraut gemacht werden. Auch ohne den Beitritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen im gegenwärtigen Zeitpunkt ist ein massvoller Ausbau unseres diplomatischen Apparates für die vermehrte Pflege unserer multilateralen Beziehungen unausweichlich."

In Ihren Händen liegt ein guter Teil der geistigen Vorbereitung der Fähigkeit unseres Landes, mit einer stürmischen Entwicklung Schritt zu halten und tatkräftig mitzuhelfen, zum Wohle aller, eine bessere und ehrlichere Welt von morgen aufzubauen, nicht nur als Schweizerbürger, sondern als Bürger einer wltweiten Gesellschaft. Die Vereinten Nationen gehören mit dazu.

INSTITUT FÜR INTERNATIONALES RECHT UND INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN



Institut de Droit International et de Relations Internationales
 Istituto di Diritto Internazionale e di Relazioni Internazionali
 Institute of International Law and International Relations

0.13

CH-4051 BASEL,
 Steinring 23
 Tel. 061-24 71 32

aa

Am Freitag, 19. Juni 1970, 14.15 Uhr, wird

Herr Minister Langenbacher,
 Stellvertretender Chef der Abteilung
 für Internationale Organisationen im
 Eidg. Politischen Departement,

im Hörsaal 19 über "Formen und Möglichkeiten einer
 schweizerischen Mitwirkung bei der politischen UNO"
 sprechen, im Rahmen des Kolloquiums über Schweiz
 und UNO von Herrn PD Dr. Wildhaber. Auch Nicht Hörer
 sind freundlich eingeladen, den Vortrag anzuhören
 und an der nachfolgenden Diskussion teilzunehmen.

Zu Kenntnis. Ich hoffe,
 Sie sind damit einver-
 standen.

10.6.70

WU